



Peter Meiwald

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sprecher für Umweltpolitik

Pressemitteilung

Koalition verzögert Mietpreisbremse

MdB Meiwald: „Mietpreisbremse bremst nicht“

Oldenburg, 10.03.2015

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040

peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Friedensplatz 14

26122 Oldenburg

Telefon: +49 441 361 694 03

und 0152 – 56 74 45 60

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Oldenburg. Die GRÜNEN in Oldenburg kritisieren das jetzt nach langer Verzögerung im Bundestag beschlossene Gesetz zur Mietpreisbremse, denn dieses enthalte viel zu viele Ausnahmen.

GRÜNEN Fraktionssprecher Sebastian Beer, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen: „Damit ist ein kleiner Schritt in Richtung Mieterschutz und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum getan. Aber die Mini-Mietpreisbremse der Großen Koalition bleibt eine Mogelpackung und weit hinter den Erwartungen zurück. Die Bundesländer und Kommunen werden es sehr schwer haben, die Mietpreisbremse vor Ort schnell umsetzen zu können.“

Trotz der Kritik von Mieterverbänden, Bundesländern und Kommunen hat sich die Große Koalition gegen eine robuste Mietpreisbremse und für den Minimalkonsens auf Kosten der Mieter_innen entschieden.

Der GRÜNE Bundestagsabgeordnete Peter Meiwald unterstützt Beers Kritik: „Wir wollten mit unseren beiden Änderungsanträgen die schlimmsten und mieterfeindlichsten Regelungen noch verhindern. Zum einen sieht der schwarz-rote Gesetzentwurf vor, dass Mieter_innen erst formal Einspruch einlegen müssen, um ihr Recht auf die Mietpreisbremse durchzusetzen. Eine solche Rügepflicht ist dem Mietrecht fremd. Zum anderen dürfen umfassend modernisierte Wohnungen nicht von der Mietpreisbremse ausgenommen sein.“ Meiwald befürchtet für Oldenburg, dass es wegen des angespannten Wohnungsmarktes vermehrt zu Luxusmodernisierungen kommen wird, um die sogenannte Mietpreisbremse zu umgehen.

Beer widerspricht darüber hinaus den Einschätzungen der GSG Oldenburg und der ortsansässigen Makler, die die Mietpreisbremse als unnötig erachten: „Die GRÜNE Mietpreisbremse hatte es gerade auf bezahlbaren Wohnraum abgesehen, denn diesen gilt es in Oldenburg erst einmal zu schaffen.“